Dortmunder Tageblatt

verbunden mit dem „Lokalanzeiger für Dortmund und Hörde."

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis frei ins Haus 1.80 Mark pro Monat, durch die Post bezogen für 3 Monate 3.60 Mark. Postscheckkonto Amt Köln Nr. 29723. — Für Aufnahme von Inseraten an bestimmt vorgeschriebenen Tagen und Plätzen übernehmen wir keine Garantie. Rotationsdruck und Verlag, sowie für die Inserate verantwortlich: Viktor Schanzer Dortmund

Parteiblatt der „Deutschen demokratischen Partei"

Fernsp. Nr. 160. Geschäftsstelle: Dortmund, Prinzenstr. 9—11. Telegr.-Adresse: Tageblatt.

Anzeigen die 8 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 35 Pfg., auswärtige, amtliche und Finanzanzeigen 45 Pfg. Reklamezeile (Kolonel) 1.50 Mk. Bei zwangsweiser Betreibung der Insertionsgebühren durch Klage od. Konkursverfahren wird der bewilligte Rabatt hinfällig. Erfüllungsort Dortmund. Für die Schriftleitung verantwortlich Max Sonnemann, Dortmund.

Nr. 55. Dortmund, Freitag, 7. März 1919. 36. Jahrgang

Die Lebensmittel Verhandlungen abgebrochen.

WTB. Berlin, 6. März. Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission hatte die Reichsregierung die Unterhändler in Spaa angewiesen, die deutsche Handelsflotte nur zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Verträge die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt sei. In der letzten Sitzung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Spaa führte der deutsche Vertreter aus, die Belieferung Deutschlands sein einer der Gründe für die Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen gewesen. Deutschland könne aber nicht die Handelsflotte abliefern, ohne daß die Zusicherung der Alliierten vorliege, daß die Lebensmitteleinfuhr auch tatsächlich erfolge. Bisher habe Deutschland noch keine einzige Tonne Lebensmittel von den Alliierten erhalten. Deshalb sei der deutsche Standpunkt, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt sei. Deutschland schlage aber vor, um weiterhandlungen zu ermöglichen, eine teilweise Zurverfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen und bei Vorhandensein eines definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern.

Der englische Vertreter erklärte, die Alliierten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erweitern, vorbehaltlich der Entscheidung des obersten Kriegsrats, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte abliefere. In erster Linie werde die Einfuhr von 270 000 Tonnen genehmigt. Die Frage weiterer Lieferungen werde dem obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorgelegt.

Unterstaatssekretär von Braun entgegnete auf diese Erklärung, es werde dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei unsicheren Faktoren abhängig gemacht und der Entscheidung des Obersten Kriegsrates vorbehalten, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeiten habe. Er betonte nochmals, daß die Frage der Lebensmittelversorgung eine Frage auf Leben und Tod für Deutschlands Bevölkerung sei, von der schon jetzt täglich 800 Menschen an Hunger stürben. Keine Regierung könne es verantworten, sich ohne die Sicherheit, daß die Alliierten helfen, der letzten Mittel zu berauben, um sich selbst zu helfen.

Hierauf erklärte Admiral Hope, daß die alliierten Vertreter keine Vollmachten hätten, weiter zu gehen. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Unterstaatssekretär von Braun bemerkte, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könne.

Da weitere Verhandlungen zwecklos erschienen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen reisten von Spaa ab.

Die Waffenstillstandskommission tagt weiter.

WTB. Berlin, 6. März. Die Erledigung der laufenden Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa wird durch den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen nicht berührt, sondern geht nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen der drei Unterkommissionen wurde deutscherseits in der Vollsitzung der mit den laufenden Verhandlungen betrauten Waffenstillstandskommission am Vormittage des 6. März in Spaa eine Note übergeben, in der der Gesamtstandpunkt der deutschen Regierung dargelegt wird.

Deutsche Gefangene zur Verrichtung von Sklavendienst.

WTB. Amsterdam, 6. März. Der Staatssekretär für den Krieg Churchill erklärte in der Unterhaussitzung vom 3. März in Beantwortung von Fragen, die englische Regierung schicke die deutschen Kriegsgefangenen so rasch wie möglich nach Frankreich und Belgien zurück, um sie dort arbeiten zu lassen.

Ernster Widerstand gegen Fochs Knebelungsabsichten.

TU. Genf, 6. März. Die gesamte französische Regierungspresse gab gestern mit allen Ausdrücken des Bedauerns zu, daß die von Marschall Foch ausgearbeiteten Bedingungen bei den Vertretern der Großmächte am Montag wider alles Erwarten auf ernsten Widerspruch gestoßen sind und daß von ihrer Billigung durch die Vertreter der Großmächte vorerst überhaupt keine Rede sein kann. Die mitgeteilte amtliche Note über die Montagssitzung hatte in kurzen Worten die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen für Montag angekündigt. Eine gestern Nacht vom Generalsekretär der Friedenskonferenz mitgeteilte Note gibt jedoch an, daß die sachliche Aussprache über die Vorschläge Fochs überhaupt noch nicht begonnen hat und wahrscheinlich auch nicht vor Montag nächster Woche, also den 10. März beginnen kann. Aus den weiteren Andeutungen der Zeitungen geht hervor, daß die Vorschläge des Marschalls Foch am Montag zunächst zu einer Art Generaldiskussion führten, in deren Verlauf besonders zwei Bedenken geltend gemacht wurden, erstens, daß es nicht angebracht sei, in Abwesenheit Wilsons Beschlüsse zu fassen über Vorschläge, die über die Erfordernisse des Waffenstillstands hinausgehen und bereits die Formulierung der Friedensverhandlungen festlegen würden und zweitens, daß die Vorschläge des Marschalls Foch sich nicht an die von den Sonderkommissionen der Friedenskonferenz aufgestellten Richtlinien halten. Damit ist allem Anschein nach Einspruch erhoben worden gegen die Absicht des Marschalls Foch, Deutschland zur Annahme seiner Bedingungen zu zwingen, bevor die Entente irgendwelche Zufuhren von Nahrungsmitteln gestattet, was von den zuständigen Kommissionen als notwendig erklärt worden ist. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob Foch bis Ende dieser Woche seinen neuen Plan ausgearbeitet haben wird, oder ob er sich nicht lieber überhaupt zurückzieht. Der Ausgang wird von Clemenceau abhängen, der seinerseits auf den Einfluß Lloyd Georges zählt.

Eröffnung der internationalen Völkerbundkonferenz.

WTB. Bern, 6. März. Heute morgen wurde die internationale Völkerbundkonferenz eröffnet. An der Spitze der deutschen Delegation stehen Geheimrat Brentano, Eduard Bernstein, Professor Franke, Professor Mendelssohn-Bartholdy, Graf Montgelas und Frau Perlen. Die österreichische Delegation wird von Professor Lammasch geführt. Der Präsident überbrachte der Versammlung die Grüße der Schweiz und führte aus, die Konferenz müsse einen wirklichen Völkerbund vorbereiten und könne sich nicht mit dem Pariser Projekt begnügen, das die kleinen Staaten als zweitklassig behandele. Die Welt habe nur noch die Wahl zwischen dem Völkerbund und der Völkeranarchie. Es würden verschiedene Kommissionen eingesetzt, die ihre Tätigkeit bis zum 10. März beendigen sollen. Dann würden die allgemeinen Besprechungen fortgesetzt werden.

Die innere Demokratisierung Preußens.

Rechtsanwalt Dr. Lothar Engelbert Schücking, dessen bekanntes im Jahre 1908 erschienenes Buch „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens" seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt hat, hat jetzt im Musarionverlag in München ein neues Buch erscheinen lassen, das „Die innere Demokratisierung Preußens" betitelt ist und das sich im einzelnen mit der Demokratisierung der inneren Verwaltung beschäftigt. Das im hohen Maße lesens- und empfehlenswerte Werk macht Vorschläge für den gesamten Neuaufbau der inneren Verwaltung von der Dorfgemeinde bis hinauf zu den Provinzialbehörden. Es ist also eine im hohen Maße positiv aufbauende Arbeit, die bei den kommenden Arbeiten der preußischen Landesversammlung wertvolle Dienste leisten wird.

Als ein Beispiel der Darstellung Schückings lassen wir nachstehend folgen das Schlußkapitel, das von dem „Provinzialminister" handelt. Es lautet:

Wenn die Gemeinde vor allem wirtschaftlicher Verband ist, gegliedert in Bezirke, verwaltet von den Vorstehern dieser Bezirke unter der gedachten Kontrolle, wenn die Provinz für jede Gemeindetätigkeit das übergeordnete Zentralamt besitzt, so wird die Tätigkeit des Provinzialministers als einzigen Staatsbeamten von eminenter Bedeutung sein. Bei einem nur einigermaßen parlamentarischen Regiment wird sich von selber ergeben, daß die Beamten des Ministeriums nicht nach dem Alter des Uradels, Beziehungen zu einflußreichem Hofadel, bei bürgerlichen auch Biegsamkeit vor der herrschenden feudalen Gruppe und anderen schönen konservativen Gesichtspunkten ausgesucht werden. Die Leistung muß hier allein den Ausschlag geben, und zwar die Leistung in wirklichen Selbstverwaltungskörpern. Es müssen Personen zu Ministern befördert und als solche tätig werden, die wirkliche Verdienste haben in Aemtern, in denen sie vom Volke gewählt und kontrolliert waren. Diese Leute sind dann imstande, Anregungen zu geben. Sie sind würdig, an einer Zentralstelle zu stehen, den großen Ueberblick von dieser Stelle zu haben und fähig, diese Stellung fortgesetzt zu verwerten und auszunutzen. Wenn die Tüchtigkeit im Staate sich auch mal oben, und nicht nur unter findet, wird unser Staat im Innern noch ganz andere Leistungen aufweisen können als bisher. Und in der Verwaltung, wo die Tüchtigkeit bei der Gemeinde und der Provinz bisher die so überragend größere war, wird dann ein ganz anderes Arbeiten möglich sein, falls die Zentralstelle ihre Aufgabe, statt politisch, kulturell auffassen kann, weil tatsächlich Kulturträger in diese Stellungen befördert sind. Das ist ja der Grund des ewigen Politisierens der Landräte und Oberpräsidenten, der Ministerien und Geheimräte. Sie würden niemals ein Stadtverordnetenkollegium so führen können, daß jeder Sozialdemokrat darin überzeugt ist, daß der Vorsitzende mehr davon versteht, als die Opposition. Sie haben auch selbst längere Zeit keiner Gemeindebehörde mit Erfolg vorgestanden. Nur weil sie das Fundament nicht haben, lassen sie sich mit Vorliebe auf die staatspolitische Seite der Sache ein, das heißt die Seite, die sie vertreten wollen und können, die konservative, und behandeln die Sache mehr oder weniger politisch. Deshalb dieser klaffende Zwiespalt zwischen Staat und Gemeinde, deshalb diese überflüssige Gegnerschaft in vielen Fragen. Als ehemaliger Landrat hat der Ministerialbeamte von der Gemeinde keine übermäßig günstige Meinung. Er ist womöglich jahrelang Gegner seiner Kreisstadt gewesen. Oder er hat als Regierungspräsident womöglich feierlich einer Stadt „sein Wohlwollen entzogen". Daß dieser selbe Mann als Geheimrat im Ministerium kein Vertrauen in Gemeindeangelegenheiten genießt und verdient, ist wohl selbstverständlich.

Beim Militär dient jeder von der Pike auf, im städtischen Leben ist es selbstverständlich, daß der unbesoldete Stadtrat mal Stadtverordneter gewesen ist. In Preußen macht man fortgesetzt Beamte zu Organen der Aufsicht über die Selbstverwaltung, denen das Fundament bis zu einem gewissen Grade fremd ist. Stellen wir an die Vorbildung der Verwaltungsbeamten die Anforderung, daß sie Stadtverordnete oder Gemeindeverordnete gewesen sein müssen, so wird sofort ein ganz anderer bürgerlicher Zug durch die Behörde gehen, die sich bisher aus alten Landräten, Regierungsräten zusammensetzt.

Eine gründliche Erneuerung des Personals in dem gedachten Sinne ist schon deshalb notwendig, weil bei dem neuen Aufbau das wirtschaftliche Moment für die innere Verwaltung eine ganz andere Rolle spielt als bisher. Der wirtschaftliche Apparat der neuen Großgemeinde, wie wir ihn geschildert haben, ist ein so schwieriger und komplizierter, daß er ohne geniale Unterstützung durch das übergeordnete Provinzialzentralamt undenkbar ist. Ueber das Verhältnis des Provinzialzentralamts, zum Provinzialminister und das des letzteren zum Reich läßt sich erst sprechen, nachdem feststeht, was aus Preußen wird. Jedenfalls wird das Ministerium geistig die Spitze des ganzen verwickelten Wirtschaftsappartes werden. Frei, breit und demokratisch baut sich Gemeindeverwaltung und Provinzialverwaltung auf nach kulturpolitischen Gesichtspunkten bei unserer neuen Konstruktion. Diesem Aufbau muß die Spitze des Ministeriums entsprechen, und zwar nicht nur in der Auswahl der Ministerialkommissare, sondern auch in der Art ihrer Betätigung. Sie müssen den Staat als Vermögenssubjekt vertreten. Schon diese erste Funktion gibt ihnen eine überragende Stellung. Sie müssen aber auch Organe für die Ausübung des Aufsichtsrechts sein, über dessen Beschränkung schon gesprochen ist. Daß es der Provinz gegenüber geradeso beschränkt werden muß, wie gegenüber der Gemeinde, versteht sich von selbst. Endlich müssen sie, und das ist das wichtigste, die Organe der kulturpolitisch orientierten Staatsverwaltung sein, also diejenigen, die den Fortschritt anregen, Material schaffen für die Orientierung, den Provinzialämtern zur Seite stehen und bis in die Gemeinden hinein kulturpolitisch Segen stiften. Es versteht sich von selber, daß ein Landrat, der sich mal durch Betätigung reaktionärer Gesinnung selbst ausgezeichnet hat, jetzt ungeeignet ist.

Eine gewisse Dezentralisation ist die unvermeidliche Beigabe jeder Selbstverwaltung. Gilt es doch, die Schäden dieser Dezentralisation auszugleichen durch Ueberordnung ausgezeichneter Persönlichkeiten in den Zentren, die trotz der Dezentralisation alles das ausgleichen, was die Dezentralisation verschuldete, Persönlichkeiten, die die Erfahrungen übermitteln, die Gesamtergebnisse prüfen und vergleichen, dem einzelnen Selbstverwaltungskörper alles das an Erfahrungen, Statistiken usw. zugänglich machen, was er infolge der Dezentralisation entbehrt. Eine gewaltige Rolle wird dabei die Statistik spielen. All die unvollkommenen Behelfsmittel der Städtetage und Städtevereinigungen, Landgemeindetage und Städtebünde werden durch eine großzügige staatliche Organisation für vergleichende Statistik und Austausch der Erfahrungen ersetzt.

Eine andere Durchbildung der Ministerien ist selbstverständlich, wenn dieselben obersten Behörden für eine neue Organisation werden sollen. Das Landamt der Großgemeinde soll dem Zentrallandamt der Provinz unterstehen. Zwischen den Zentralämtern der Provinzen und den Bedürfnissen des Staates bildet der Provinzialminister die Brücke. Seine Arbeit wird vor allem eine technische sein. Das schadet aber auch nichts. Wollen wir doch gerade die Behörden entpolitisieren. Kulturpolitik soll überall an die Stelle der Parteipolitik gesetzt werden. Zurzeit ist die Zuständigkeitsfrage, was die Ministerien anlangt, eine überaus komplizierte, aber der Einfluß des Ministeriums des Innern ist ein überwiegender wegen der überragenden Stellung, die das Polizeiministe ium gegenüber den Kommunalverbänden hat. Fällt der Landrat als politischer Beamter und Vertrauensmann der Konservativen fort, ebenso der Oberpräsident, dann ist es vorbei mit dem amtlichen Wahlapparat der Konservativen, zu Ende mit der Wahlorganisation der Regierung, zu Ende damit, daß die ganze Verwaltung politisch verseucht wird. Dann muß es endlich auf Tüchtigkeit und nicht mehr auf politische Betätigung ankommen. Der ganze Apparat ist entgiftet.

Was die Staatskommissare der Minister, die Oberpräsidenten angeht, so ist ihre weitere Beibehaltung in der Stellung als Vertreter der Regierung gegenüber dem Provinzialkommunalverband jetzt überflüssig, um die Einheit des Staates und seiner Einrichtungen zur Geltung zu bringen. Allerdings läßt sich sagen, daß, wenn wir so viel staatliche Befugnisse an die Kommunen bringen, wie das von uns im vorstehenden geschildert ist, die Reibungsflächen zwischen kommunalen und staatlichen Behörden sehr erweitert werden. Ein angesehener hoher Staatsbeamter in unabhängiger Stellung als Vertrauensperson und Vermittler, nicht als Wahlagent der Regierung, wie bisher, könnte also nur nützlich sein. Zu dieser Stellung als Vermittler der Kommunalverbände bei dem Staate dient ja der Provinzialminister. Es würde auch zweckmäßig sein, diesem staatlichen Beamten diejenigen Arten der Polizei zu belassen, die politisch nicht mißbraucht werden können, also Strompolizei, Unfallpolizei, Eisenbahnpolizei.

Es fragt sich schließlich, welche Gesetze notwendig sind, um die vorstehenden Reformen für die Demokratisierung der inneren Verwaltung durchzuführen. Die Antwort ist verhältnismäßig leicht. Mit der Aufhebung der Städteordnungen, Gemeindeordnungen, sowie Kreisordnungen und Provinzialordnungen des Landesverwaltungsgesetzes und Zuständigkeitsgesetzes Hand in Hand gehen müßte der Erlaß eines einzigen Verwaltungsgesetzes, das die Normen über die Großgemeinde und die Provinzialverwaltung enthält.

Dem Bürgerkrieg entgegen?

D. K. Wie zwischen zwei gewaltigen Mühlsteinen wird Deutschlands Kraft zerrieben. Unsere äußeren Feinde geben sich alle Mühe Deutschland für alle Zeit zur Ohnmacht zu verurteilen, politisch zum Spielball und wirtschaftlich zum Ausbeutungsprojekt der Entente zu machen wie die neuerdings bekanntgegebenen Bedingungen für einen dauernden Waffenstillstand wieder beweisen. Der andere Mühlstein ist der Spartakismus dem auch die unabhängige Sozialdemokratie so gut wie vollständig verfallen ist. Nach ihrem eigenen Eingeständnis arbeiten die Spartakisten mit unseren äußeren Feinden Hand in Hand um aus den Trümmern Deutschlands ihr Reich der Zukunft erstehen zu lassen dieses spartakistische Traumreich das durch Not und Hunger und Tod zur ewigen Völkerglückseligkeit führen soll. In ganz ähnlicher Weise hat das asketische Christentum seine Anhänger mit der Aussicht auf ein besseres Jenseits zum ertragen alles irdischen Elends zu begeistern versucht. Die Kirche hat dabei den Vorzug daß sie den Wechsel auf das Jenseits den sie den Gläubigen ausstellt nicht selbst einzulösen braucht. Etwas anderes ist es aber mit den Versprechungen auf irdische Glückseligkeit die man unzufriedenen Bevölkerungskreisen macht. Wer zuviel verspricht wird sehr bald in die unangenehme Lage kommen als falscher Prophet verlästert zu werden und ihm wird statt des Hosianna von früher gar bald ein „Steinigt ihn!" in die Ohren klingen. So geht es jetzt der Regierung Ebert-Scheidemann und so würde es bald nach dem Antritt der Herrschaft auch einer Regierung Haase-Ledebour oder einer Regierung Radek-Levi ergehen. Die Unabhängigen wie die Spartakisten würden ebensowenig wie die heutige Regierung imstande sein, die Sozialisierung der Gesellschaft von heute auf morgen durchzuführen, denn es gilt nirgends mehr als in wirtschaftlichen Dingen das alte wahre Wort: Gut Ding will Weile haben. Dazu will aber die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihren Führern nicht die nötige Zeit lassen. Sie verlangt eine möglichst weitgehende und rasche Sozialisierung ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Schäden, die sich als Folgeerscheinung bemerkbar machen müssen, wenn nicht mit der nötigen Sachkenntnis und Ruhe an diese Frage herangetreten wird. Auch die Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland können wir nicht einfach außer Acht lassen. Deutschland kann sich weder selbst ernähren noch die für die verarbeitende Industrie notwendigen Rohprodukte selbst erzeugen. Es ist auf einen regen Handelsverkehr mit dem Auslande angewiesen und kann seine nationale Volkswirtschaft nicht einfach aus dem Komplex des internationalen Wirtschaftslebens ausscheiden. Die Hoffnung unserer Spartakisten, daß der Bolschewismus schließlich das kapitalistische Wirtschaftsleben der ganzen Erde in Trümmer schlagen werde ist ein recht zweifelhafter Trost. Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten darf man aber in der Politik nicht als feststehende Faktoren einstellen, sonst kommt man zu einem Zusammenbruch, wie wir ihn in diesem Kriege erlebt haben. Die Berliner Spartakisten und Unabhängigen wollen die Führer, die sich an dem ersten Zusammenbruch für schuldig halten, vor ihr Gericht zitieren. Es könnte ihnen leicht widerfahren, daß gar bald sie selbst vors Gericht gestellt werden, weil ihre Versprechungen und Vertröstungen auf einer viel weniger sicheren Grundlage aufgebaut sind.

Die Kommunisten führen jetzt durch den Generalstreik mit wirtschaftlichen Mitteln den politischen Kampf gegen die deutsche Regierung. Sie wollen die Diktatur der Minderheit errichten und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das sie selbst einst gekämpft haben, einfach mit Gewalt wieder beseitigen, weil sie glauben, daß es ihren Zwecken nicht dienlich sei. Sie halten die Mehrheit des Volkes noch nicht für reif, das große Ziel zu erkennen, das den Kommunisten vorschwebt. Wehe dem Reaktionär, der früher in einer sozialistischen Versammlung gewagt hätte, die große Masse oder die Frauen noch nicht reif für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erklären, ihm wäre es schlecht ergangen. Aber jetzt, da dieselbe große Masse nicht nach der Pfeife der Kommunisten tanzen will, ist sie des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht würdig. Nicht die Gesamtheit, sondern nur das arbeitende Proletariat — nebenbei bemerkt gehören die Hauptschreier der Bewegung dem nicht arbeitenden Proletariat an — soll bei der Bildung der Räteregierung mitwirken. Somit scheidet also das allgemeine, gleiche Wahlrecht aus. Selbst das geheime Wahlrecht ist auf einmal nicht mehr nach dem Geschmack unserer Spartakisten. Ebenso wie früher die Konservativen, verlangen sie jetzt, daß jedermann öffentlich für seine politische Ueberzeugung eintrete. Aber auch das direkte Wahlrecht besteht nicht mehr. Es sollen durch Korporationen die sogenannten Volksvertreter gewählt werden. So würde schließlich vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter der Herrschaft der Spartakisten noch viel weniger übrig bleiben, als unter der konservativen Herrschaft. Die Diktatur der Berliner Arbeiterschaft soll an die Stelle der Volksregierung treten. Diese, die sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes stützt und in Wahrheit den demokratischen Gedanken vertritt, hält sich jedoch nicht für berechtigt.

vor der Minderheit zu kapitulieren und das deutsche Volk dem spartakistischen Vernichtungswillen auszuliefern. So ist leider zu befürchten, daß anstelle lokaler örtlich begrenzter spartakistischer Erhebungen der allgemeine Bürgerkrieg treten wird, wenn es die Regierung nicht jetzt durch festes Zugreifen gelingen sollte, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Wir hoffen das, und hoffen gleichzeitig, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen wird, um zu verhindern, daß der Spartakismus zum Schrittmacher unserer äußeren Feinde wird, die ja nichts sehnlicher wünschen, als unser Wirtschaftsleben konkurrenzfähig zu machen. Die Verantwortung, die sich der Arbeiterschaft durch ihre Gewaltpolitik gegenüber der Reichsregierung aufbürdet, ist deshalb eine ungeheure.

Die Lage in Berlin.

Der Generalstreik.

Das Entgegenkommen der Regierung ließ am Mittwoch Morgen die Streiklage verhältnismäßig günstig erscheinen. Es ist auch sicher, daß die Mehrheit der Arbeiter mit dem Rätesystem, wie es die Regierung in die Verfassung zu verankern gedenkt, zufrieden sein würde, Jedoch sind es die Unabhängigen nicht, deren Führer es auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen. Richard Müller, der in den ersten Tagen der Revolution eine gewisse Berühmtheit erlangte, als er in einer Vollversammlung der Großberliner Räte ausrief, nur über seine Leiche ginge der Weg zur Verfassunggebenden Versammlung, ist aus der Versenkung wieder aufgetaucht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Führer der Unabhängigen die Streiklage zu verschärfen suchen, indem sie die Massen der Arbeiter selbst gegen deren Willen in den Ausstand drängen. Das geschieht zu politischen Zwecken. Die Regierung soll gestürzt werden, um dem Berliner Radikalismus die Macht in die Hände zu spielen. Die Entscheidung können erst die nächsten Tage bringen, die aber noch viel Dunkles und Unheilvolles in ihrem Schoß bergen. Noch ist die Disziplin der Arbeiter unerschüttert, aber spartakistische Haufen sind unablässig am Werk, ein Durcheinander herbeizuführen, indem sie selbst die Unabhängigen an die Wand drücken. Soweit die Stimmung der Arbeiter selbst bekannt ist, würden sie sofort die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die Streikleitung sie auf Grund der Verhandlungsergebnisse mit der Regierung dazu auffordern sollte.

TU. Berlin, 6. März. Wie die „Telegr.-Union" erfährt, hat die Streiklage in Berlin von gestern auf heute eine unverkennbare Verschärfung erfahren. Gestern abend erschienen in den verschiedenen Zeitungsdruckereien, in denen bisher gearbeitet wurde, Abordnungen der Radikalen, die das Personal zur Beteiligung am Streik aufforderten. Es wurde damit gedroht, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stillzulegen, falls die Drucker, Setzer und die übrigen Arbeiter sich dem Ausstande nicht anschließen sollten. Infolge dieser Einwirkung mußten die Druckereien ihre Betriebe einstellen, so daß heute morgen in Berlin keine einzige Zeitung erscheinen konnte. Die den einzelnen Betrieben beigegebenen Sicherheitswachen versehen zwar noch ihren Dienst, man nimmt aber an, daß ihre Haltung schwankend ist. Die Wachtmannschaften des W. T. B. sind bereits zu den Spartakisten übergegangen, ebenso hat sich die Volksmarinedivision und die republikanische Soldatenwehr auf die Seite der Spartakisten gestellt. Von diesen Truppen wurde ein Sturm auf das Polizeipräsidium unternommen, das von Reinhardttruppen verteidigt wird. Der Kampf ist zur Zeit noch im Gange. Der Regierung stehen somit in Berlin nur die Freiwilligenkorps und das Regiment Reinhardt zur Verfügung. In dem Kampfe gegen die Regierungstruppen stehen den Spartakisten außer Infanterie auch Artillerie und Minenwerfer zur Seite. Die republikanische Soldatenwehr stellt die Forderung, auch fernerhin im Polizeipräsidium den Sicherheitsdienst auszuüben. Sie wurde von Reinhardttruppen aus dem Gebäude entfernt. Wie die Tel.-Un. weiter hört, haben die Gewerkschaftskommissionen heute beschlossen, sich am Generalstreik zu beteiligen. Dieser Entschluß hat zur Folge, daß sich die Gewerkschaften mit der Streikfrage beschäftigen. Als Ergebnis ist der Anschluß der Gewerkschaften an den Ausstand zu erwarten.

Es gärt in Berlin.

WTB. Berlin, 6. März. Nachmittags begannen die Geschäfte zu schließen. Es machte sich eine große Unruhe des Publikums bemerkbar. An verschiedenen Stellen der Stadt fielen vereinzelte Schüsse.

Der Kampf um das Polizeipräsidium dauert an!

WTB. Berlin, 6. März. Seit Mitternacht spielten sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, sodaß das Gebäude stark beschädigt ist. Die Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von den Spartakisten besetzt und die Telephonleitungen zerschnitten sind. Außer der Volksmarinedivision und einem Teile der republikanischen Soldatenwehr gingen noch Teile zweier Regimenter zu den Aufrührern über. Die Kämpfe sollen bisher acht Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundeter gekostet haben. Die Beamten des Polizeipräsidiums, die früh ihren Dienst antreten wollten, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren.

WTB. Berlin, 6. März. Die Belagerung und Beschießung des Polizeipräsidiums ist auch heute vormittag fortgesetzt wokden. Nach einer Gefechtspause von 11,30 Uhr ab wurde wieder mit kurzen Unterbrechungen geschossen und zwar meisten mit Maschinengewehren. Das Stadtvogteigebäude, das sich unmittelbar an das Polizeipräsidium anschließt, wurde mit schweren Minen bombardiert. Es gelang den Angreifern, eine Anzahl von Gefangenen zu befreien, doch konnten sie wieder ergriffen und festgesetzt werden. Die Verluste der beiden Parteien, die bis zum gestrigen späten Abend etwa 20 Tote — ungerechnet die Verwundeten — betrugen, dürften weiter gestiegen sein. Die Lage ist äußerst unklar. Die Mannschaften, die sich von der republikanischen Soldatenwehr abgezweigt haben, erklärten Pressevertretern gegenüber, daß sie keine Spartakisten seien, sondern nach wie vor auf dem Boden der Regierung ständen. Ihr Grimm gelte nur den Reinhardtruppen. Die Regierung hofft, noch im Laufe des heutigen Nachmittages die Ruhe wieder herstellen zu können.

Das Polizeipräsidium restlos in Händen der Regierung.

WTB. Berlin, 6. März. 9 Uhr abends. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, befindet sich das Polizeipräsidium restlos in den Händen der Regierungstruppen. Der Alexanderplatz und dessen gesamte Umgebung ist von den Aufständischen vollständig gesäubert.

Die Regierung ist Herr der Lage.

WTB. Berlin, 6. März. Der Aufruhr in Berlin, dem nach Versicherung unterrichteter Kreise trotz allem äußeren Ansehens, das die Spartakusleute ihm zu geben bemüht sind, nur eine epidemische Bedeutung zukommt, konzentriert sich bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Großbetriebe, aus bewaffneten Arbeitslosen, aus Mitgliedern des Roten Soldatenbundes, Deserteuren oder freigebrochenen Militärstrafgefangenen, sowie aus Teilen der Volksmarinedivision. Heute im Laufe der ersten Morgenstunden zwischen 2 und 8 Uhr vormittags ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Lediglich einer kleinen Abteilung von ungefähr 30 Mann ist es gelungen, in dem Südflügel des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Besatzung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des vormittags weiterhin beschossen und nach allen Seiten abgeschlossen. Darauf ist der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Säuberung des Alexanderplatzes und die Entsetzung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Garde-Kavallerie-Schützen-Division begann um 2 Uhr nachmittags und kann bei Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Es sind noch Einzelkämpfe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage als dahin gekennzeichnet werden, daß die Regierungstruppen Herr der Lage sind. Die Volksmarinedivision hat auf dem Marinehaus die weiße Flagge gehißt. Zur Zeit ist das Marinehaus von plündernden Zivilisten angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr im Marstall hat gegen Regierungstruppen gefeuert. Der Marstall wurde daraufhin im Sturm genommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgehoben.

Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt gewesen war, genommen worden. Die verschiedenen Gebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Stäben der Garde-Kavallerie-Schützen-Division besetzt. Natürlich müssen Spartakistennester noch gesäubert werden.

Berlin ohne elektr. Licht.

WTB. Berlin, 6. März. Der Generalausstand hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

Die Kämpfe beendet.

WTB. Berlin, 6. März. 7,30 Uhr abends. Die Teilkämpfe im Stadtinnern sind abgeschlossen. Auf Seiten der Regierungstruppen sind verhältnismäßig geringe Verluste vorgekommen, besonders aus dem Grunde, weil wenig von Infanterie Gebrauch gemacht wurde und Artillerie- Minenwerfer und auch hauptsächlich Maschinengewehre zur Verwendung kamen. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht.

Deutsches Reich.

Die Neuwahl der A.- und S.-Räte.

D-P.K. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat einen neuen Kongreß dieser Räte einberufen und für diesen Zweck die Neuwahl aller A.- und S.-Räte bis zum 16. März angeordnet. Er hat ferner angeordnet daß bei diesen Wahlen alle Personen beiderlei Geschlechts wahlberechtigt und wählbar sind die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt mit einem Jahreseinkommen bis zu 10 000 Mk. beschäftigt sind. In ähnlicher Weise sollen auch Bauernräte gewählt werden. Gegen diesen Wahlmodus hat der Vollzugsrat der Großberliner A.- und S.-Räte Widerspruch erhoben und seinerseits die Wahl nach Betrieben gefordert.

Die Deutsche demokratische Partei ist grundsätzlich Gegnerin jedes Rätesystems. Für sie gilt die aus dem freien und gleichen Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung. Andererseits wird aber gerade der bevorstehende Kongreß der A.- und S.-Räte in dieser Frage ein entscheidendes Wort sprechen und von seinen Beschlüssen wird viel abhängen hinsichtlich der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse in der näheren Zukunft. Darum erscheint es unbedingt erforderlich, daß die vielen Hunderttausende von Wahlberechtigten, welche zweifellos auf demokratischem Boden stehen, nicht für die Vertreter einseitiger Gewalt- oder Räteherrschaft abstimmen oder auch zu deren Gunsten sich der Abstimmung enthalten. Es ist daher die Aufgabe der demokratischen Organisationen ungesäumt diesen Rätewahlen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dort wo es zweckmäßig und angebracht erscheint im Benehmen mit den uns nahestehenden Berufsorganisationen eigene Listen aufzustellen und deren Wahl nach Kräften zu fördern. Sache der Gesamtpartei wird es dann sein die demokratischen Vertreter, welche sich zum Rätekongreß einfinden, zu sammeln und ihnen die nötige Unterstützung bei ihrem Widerstande gegen die Verwaltigung der Demokratie zuteil werden zu lassen.

Ein Eingriff in die Rechte der Nationalversammlung.

Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Febr. 1919 bestimmt in Paragr. 10, daß vom Inkrafttreten dieses Gesetzes, d. h. von seiner Annahme durch die Nationalversammlung ab Gesetze und Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstags bedurften, nur gemäß Paragraph 4 des erwähnten Gesetzes, also durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß zustande kommen. Mit dem Geist des Paragr. 10 steht es in Widerspruch, daß die bisherige Reichsregierung noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt Verordnungen verkündet hat.

Eine üble Sorte von Republikanern.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum preußischen Parlament haben wir das Verhalten der alten Monarchisten, die ihren Standpunkt verleugneten oder verbargen, unmännlich gefunden. Aber noch viel jämmerlicher benehmen sich gewisse Leute, deren Republikanismus vom allerjüngsten Datum ist und die sich jetzt in Schmähungen des ehemaligen Kaisers nicht genug tun können. Auch ein Dortmunder Blatt — der Leser errät, welches wir meinen, ohne daß wir es zu nennen brauchen — läßt kaum einen Tag verstreichen, ohne über Wilhelm dem Zweiten einen Schmutzkübel auszugießen. Schon das Herumhacken auf einem Gefallenen berührt peinlich. Das fragliche Blatt aber ohrfeigt mit diesen Artikeln sich selbst, denn es hat, solange Wilhelm der Zweite regierte, eine höchst loyale und königstreue Haltung eingenommen und von seiner Tugendhöhe verächtlich auf die Demokraten herabgesehen. Weder sein Monarchismus war echt, noch ist es sein Republikanismus. Es hängt eben den Mantel nach dem Winde. Pfui über solche Gesinnungslosigkeit.

Das Sozialisierungsgesetz

Weimar, den 6. März. Die Mehrheitsparteien sind übereingekommen, das Sozialisierungsgesetz am Freitag und Samstag in erster Lesung und in Kommissionsberatung, am Montag in zweiter und am Dienstag in dritter Lesung zu verhandeln. Dann soll eine längere Pause in den Plenarsitzungen eintreten.

DT. Weimar, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Das vom „Vorwärts" veröffentlichte Sozialisierungsgesetz beschäftigt sehr lebhaft alle Fraktionen. Der Paragraph 1 des Entwurfs, der das Recht auf Arbeit in einer Zeit proklamiert, in der es keineswegs sicher ist, um in Deutschland wiederum genügend Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, erscheint in dieser Form kaum annehmbar. Noch weniger ist es jetzt möglich, eine allgemeine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln für Arbeitslose zuzusichern. Nach der Fassung dieses ersten Entwurfs werden allerdings auch unbeschäftigte Aerzte und Assessoren Anspruch auf Unterstützung haben. Auch der Paragraph 2 des Gesetzentwurfs findet bei den nichtsozialistischen Parteien Widerspruch, weil er den Versuch macht, die Lehren von Marx in die Tat umzusetzen und die Vergesellschaftlichung der Betriebsmittel durchzuführen. Die Ueberführung soll zunächst im Kali- und Kohlenbergbau praktisch erfolgen. Deshalb sieht ein besonderes Gesetz die Bildung eines vorläufigen Kohlenrates vor, der aus 15 gewählten Mitgliedern (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der Kohlenindustrie und aus 15 von der Reichsregierung ernannten Vertretern bestehen soll, unter denen sich wieder sechs Konsumentenvertreter befinden sollen. Außerdem sollen aus den einzelnen Kohlenrevieren noch Vertreter ernannt werden. Der gesamte Kohlenrat hätte dann ähnliche Funktionen wie heute der Landeseisenbahnrat. Im übrigen sollen die Kohlensyndikate durch den Staat übernommen werden. Wo noch kein Syndikat besteht, sollen die Erzeuger zu einer Produktionsgemeinschaft zusammengeschlossen werden. In der Kalifabrikation ist dies nicht mehr erforderlich, weil hier bereits ein Kalisyndikat besteht. Der Paragraph 3 des Sozialisierungsgesetzes scheint auch bei den nichtsozialistischen Parteien weitestgehender Unterstützung sicher zu sein, weil er wirklich praktische und durchführbare Maßnahmen vorschlägt. Im übrigen hat das Sozialisierungsgesetz im Staatenhaus, wie wir erfahren, bereits wesentliche Aenderungen sich gefallen lassen müssen.

Die neue Heeresorganisation.

Berlin, 6. März. Die neue Heeresorganisation ist in folgender Weise gedacht:

Deutschland wird in eine Reihe von Wehrbezirken eingeteilt, etwa so, daß Baden und Württemberg einen Bezirk, Sachsen zwei, Bayern drei, und Preußen die entsprechende größere Anzahl von Wehrbezirken erhalten. Für jeden Bezirk stellt der Reichspräsident den kommandierenden General auf Vorschlag der betreffenden Landesregierung. Dieser kommandierende General ernennt aus seinen Landsleuten die nötigen Offiziere bis zum Hauptmann hinunter. Dadurch wird die gesamte Organisation der deutschen Wehrmacht einheitlich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt, während anderseits die landsmannschaftliche Eigenart zu ihren Rechten kommt. Auch die Gebiete der Heereslieferungen sollen in gleicher Weise einheitlich und unter Erhaltung des Einflusses der landsmannschaftlichen Verbände geregelt werden. Die Korpsintendantur soll selbständig die Beschaffung der Heeresgeräte in die Hand nehmen, während die notwendige Zentralbeschaffung von Waffen, Munition usw. von der Zentralstelle in Berlin besorgt wird. Dieser Zentralstelle, an deren Spitze der Reichswehrminister steht, wird ein Beirat beigegeben werden und Vertreter Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens.

Neben der Vereinheitlichung des Heereswesens ist die im Staatenausschuß erzielte Einigung über das Verkehrswesen besonders bedeutsam. Die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung geht ebenso wie die badische und württembergische vertragsmäßig in die Reichsverwaltung über. Die genannten Staaten werden durch einmalige Zahlung für die Hergabe ihrer Verkehrsmittel abgefunden. Wenn auf diese Weise Heeresverwaltung und Verkehrsverwaltung in die Hand des Reichspräsidenten gelegt werden, erhält er jene reale Macht, die dem Reiche die Vorherrschaft über die Einzelstaaten sichert.

Einigungsverhandlungen der bayrischen Linksparteien.

WTB. München, 6. März. In der heutigen Nachmittagssitzung des Rätekongresses wurde ein Dringlichkeitsantrag Dr. Loewenfeld mit großer Mehrheit angenommen, demzufolge die Vertreter aus den Reihen der Mehrheitsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratie sich erneut mit dem am 12. Januar in den bayrischen Landtag gewählten Abgeordneten der Mehrheitsparteien zusammenfinden sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen. An ihnen werden je sieben Vertreter der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie und des Bauernbundes teilnehmen.

Regierungstruppen in Mannheim.

TU Mannheim, 6. März. Im Laufe der Nacht sind in Mannheim Regierungstruppen eingerückt und haben die öffentlichen Gebäude besetzt. Der Straßenbahnverkehr nach den verschiedenen Vororten war vorübergehend gestört. Die Regierung gibt bekannt, daß das Infanteriebataillon Nr. 110, das bisher hier lag, aufgelöst worden ist. Die Bevölkerung nicht ersucht, die Polizei bei der Festnahme der Verbrecher, die aus den Gefängnissen befreit wurden und bisher nicht wieder festgenommen werden konnten, zu unterstützen. Weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung werden mit den Vertretern der politischen Parteien vereinbart.

Die Streiklage in Ost-Thüringen.

WTB. Meiningen, 6. März. In den ostthüringischen Städten sprach sich die Arbeiterschaft durchweg gegen den Generalstreik aus. Der Generalstreik flaute nach den vorliegenden Meldungen ab. In Erfurt löste sich der Generalstreik in Teilausstände aus. Im Altenburger Kreise wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Gotha ist nur noch Teilstreik. Die Drahtverbindungen zwischen Erfurt und Süd-Thüringen sind vorläufig noch gestört. Die für heute in Weimar angesetzte thüringische Regierungskonferenz mußte verschoben werden.

Entwaffnung der Spartakisten in Oberhausen.

WTB. Oberhausen, 6. März. Wie die Ruhrwacht meldet, sind heute Nachmittag erhebliche Teile der Division Gerstenberg in Oberhausen einmarschiert, um die Entwaffnung der Spartakisten durchzuführen. Das Hauptquartiere der Spartakisten im Amtsgericht und in der Moltkeschule sind schon vorher durch die Polizei gesäubert worden. Trotzdem werden von den Spartakisten noch viele Waffen verborgen gehalten. Die Regierungstruppen sollen durch Haussuchungen die vollständige Entwaffnung der Spartakisten vornehmen.

Die Lage im Osten.

Die deutschen Unterhändler in Bromberg.

WTB. Bromberg, 6. März. Die deutschen Delegierten, die von der Regierung beauftragt worden sind, mit der interalliierten Kommission zu verhandeln, hatten heute vormittag auf der Regierung eine Besprechung, in der auch die Wünsche der hiesigen Bevölkerung entgegengenommen wurden. Wegen der schlechten Bahnverbindung sollen die Verhandlungen in Posen geführt werden, wogegen die deutschen Vertreter energisch Protest eingelegt haben.

Ernste Lage in Thorn.

WTB. Thorn, 6. März. In einer Besprechung mit Vertretern des Magistrats, des Landratsamts, des Arbeiterrats, der politischen Parteien und den Kommandeuren der hiesigen Truppenteilen und ihren Vertrauensleuten machte der Gouverneur der Festung Thorn, Generalmajor von Grodbeck, Mitteilungen über die durch die Vorgänge vom letzten Freitag entstandene ernste Lage in Thorn. Drei Putschversuche, die für den 3. März, für die Nacht zum 5. März und für den Nachmittag des 5. März geplant waren, sind dank umfassender militärischer Maßnahmen unterblieben. Als Vorwand bei diesen Putschversuchen galt die Beseitigung des alten Soldatenrats. Nach den Mitteilungen des Gouverneurs bleibt die Lage in Thorn nach wie vor sehr ernst.

Generalstreik in Oberschlesien.

WTB. Beuthen, 6. März. Ein neuer Bergarbeiterstreik wurde in Oberschlesien ausgerufen. Die Bergarbeiter fordern Entfernung des deutschen Grenzschutzes, Aufhebung des Belagerungszustandes, Entfernung der Offiziere und Studentenschaft, sowie Errichtung einer polnischen Schutzwehr. Bei der Frühschicht fehlte die Belegschaft von zehn Gruben.

Die militärische Lage der Bolschewisten

ist, wie uns von gut unterrichteter Seit geschrieben wird, so günstig wie nie zuvor. Die Bolschewiki, die gegen alle Fronten kämpfen, haben fast an allen Fronten Ruhe bekommen. An der Astrachaufront haben die Engländer und Amerikaner ihre Truppen zurückgezogen. An der sibirischen Front sind die tschecho-slowakischen Truppen auf dem Abtransport über Wladiwostok. Die Krasow-Armee und die Freiwilligen-Armee haben erhebliche Schlappen erlitten. Diese beiden Armeen, die Hauptgegner der Bolschewiki, bestehen hauptsächlich aus Kosaken, die sich nur innerhalb ihrer Landesbezirke verwenden lassen. Sie leiden unter einem drückenden Mangel an Geschützmaterial. Die Entente hatte zwar versprochen, vom Schwarzen Meer Geschütze herbeizuschaffen, hat jedoch ihr Versprechen nicht gehalten. In der Ukraine gewinnen die Bolschewiki immer mehr Boden. Fast zwei Drittel der Ukraine sind in ihrer Hand. Ganze ukrainische Truppenabteilungen gehen zu den Bolschewiki über. Die Bolschewiki wissen, daß ihre Stunde gekommen ist, den Spartakisten in Deutschland die Bruderhand zu reichen. Bei Wilna ist ein gut organisierter Propaganda-Kreuzzug inszeniert. Josse hält dort auf. Auch Lenin war da, während Trotzki erwartet wird. An der Nordwestfront werden die Bolschewiki immer von der estnisch-finnischen Landeswehr bedroht. Ein Zeichen für die Güte dieser Truppe ist es, daß sie in Stärke von einigen Divisionen eine fünffach überlegene bolschewistische Streitmacht geschlagen hat. Aus diesem Grunde war es den Bolschewiki bisher nicht möglich, an der Nordwestfront nach Deutschland vorzudringen. Die finnischen Truppen haben über die Bahnlinie Petersburg-Reval Schanken hinaus Boden gewonnen. Demnächst muß mit einem weiteren Vorgehen der Bolschewiki auch an der Nordwestfront gerechnet werden, da sie umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen treffen und Artillerie sogar aus Ural her herbeiführen.

Frankreich kapituliert vor Spartakus.

Monsieur Pichon, der Minister des Auswärtigen, hat schlechte Stunden augenblicklich. Aengstlich blickt er nach dem Osten, wo am Rhein der deutsche Bolschewismus, auch Spartakismus genannt, unter der Führung von russischen Agenten sich erhebt. Am Boulevard Malesherbes ist man unzufrieden mit dem Abenteuer des Krieges. Die Finanziers haben Milliarden in Rußland hineingesteckt, um die Bundesgenossen für den Krieg gegen Deutschland zu rüsten. Nun haben sie die Bolschewiki kürzlich erklärt, daß sie die Alliierten bezahlen wollen, aber sie rüsten weiter, um nach dem Westen zu marschieren. Sicher ist, daß die Bolschewiki uns eine neue Falle stellen, in die unsere Politiker tappen. In Le Havre hat man die Belgier zur Genüge während der deutschen Okkupation in Belgien kennen gelernt. Viele unter ihnen waren Bolschewisten. Diese Dinge müssen Frankreich beunruhigen, denn seine Soldaten und seine Arbeiter werden von der bolschewistischen Unruhe erfaßt.

Was ist denn aus dem schönen Traum Frankreich geworden, in dem wir uns noch vor zwei Monaten als Sieger gewiegt haben? Klagt „Le Siecle". Wo ist die Zukunft, Einheit und Herzlichkeit, wo alle Hand in Hand ihre Kräfte für das Vaterland einsetzten. Unsere Parlamente rühmen sich für die Kapitulation, sie folgen dem deutschen Beispiel. Über Frankreich wird mehr leiden müssen, denn es ist in seinem fruchtbarsten Teil durch den Krieg zerstört worden, während die „Boches" Ordnung schaffen könnten, hätten sie nur einen Napoleon. Sie haben ja einen Wehrminister, einen Genossen, Noske heißt der Mann. Er will nichts von der Internationale wissen und hat kürzlich erklärt, daß er vor allem Deutscher und erst dann internationaler Sozialdemokrat sei. Bald werden wir sicher eine deutsche soziale Partei haben, die sich im Rücken von Spartakus bildet, wenn unsere Armeen zurückweichen und die Siegerlinie zurückstecken müssen, so erklärten mir kürzlich einige Kammermitglieder, die ich um ihre Ansicht befragte. Dabei gärt es immer mehr in den Reihen. Frankreich ist nicht blockiert wie die Mittelmächte, aber die Spekulation ist fast noch schlimmer und die Regierung tut nichts. Auf dem Tisch ist Butter für die Reichen. Die Restaurateure, die an die reichen Leute verkaufen, haben Zucker, für 35 Franken die Schachtel. Eier sind nur in den Restaurants zu haben, in denen reiche Leute essen. Das alles macht, daß die breiten Massen anfangen, sehr unvernünftig zu werden. Die Gewinnsucht wird unerträglich, und die Regierung sieht zu. Die französische Regierung ist der beste Agent des Bolschewismus.

„Le Peuple" klagt: Ein Geist des schrecklichen Zorns schwebt über dem Abgrund. Räuber machen die Straßen von Frankreich unsicher. Wir haben bereits dieselben Zustände wie in der Zeit der großen Revolution. Damals brachte der erste Konsul Ordnung hinein. Wo ist heute einer, der uns die Gerechtigkeit bringt, an Stelle der Anarchie? Man muß sagen: „Er speist bei den Krämern!" Frankreich wird bald statt des Lorbeerkranzes eine Dornenkrone tragen und aus tausend Wunden bluten, die die furchtbare Revolution ihm schlug.

Nachrichten des Kriegswirtschaftsamtes der Stadt Dortmund.

festgesetzt im Einvernehmen mit dem Ernährungsausschuß des A.- u. S.-Rates.

A. **Für Verbraucher.**

1. Kartoffeln. **Die Kartoffelkartenabschnitte Nr. 90 bis 96 der lfd. (braunen Kartoffelkarte berechtigen von heute ab für die Zeit vom 10.—16. d. Mts. zum Bezuge von 5 Pfund Kartoffeln.**
2. **250 Gramm Marmelade von heute bis Freitag nächster Woche auf Warenkarte Nr. 70 in den Speisefettgeschäften Verkaufspreis für das Pfund 1.— M.**
3. **Milchsüßspeise. Von heute bis 11. d. Mts. auf Warenkarte Nr. 71 ein Paket Milchsüßspeise zum Preise von 40 Pfg.**
4. Steckrüben. **Bis auf weiteres werden am Schlachthof (Eingang Steinstr. oder Westerbleichstr.) Steckrüben an Private in Mengen von einem Zentner und mehr zu 9.— Mk. je Zentner markenfrei abgegeben. Kartoffelstreckung durch Steckrüben ist erforderlich.**
5. Zur Kartoffelstreckung **Dörrgemüse und Dörrmischgemüse. In den Kleinhandlungen befinden sich noch markenfrei abzugebende Restbestände an Dörrgemüse und Dörrmischgemüse. Der Verkaufspreis für ein Pfund Dörrgemüse beträgt 1.62, für ein Pfund Dörrmischgemüse 2.35 Mk.**
6. Fleisch. **In der laufenden Woche bringen die Metzgergeschäfte von Dettenbach nach dem Alphabet bis Burmann, sowie diejenigen in Brackel nur 1. Qualität, alle übrigen Geschäfte nur 2. Qualität zum Verkauf.**
7. **Erhöhung der Brotpreise. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Höchstpreise für Brot mit Wirkung von Sonnabend, dem 8. d. Mts. ab erhöht worden sind.**
8. **Umschreibung für Schuhbedarfsscheine. Zur Durchführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung über neue Vordrucke für Schuhbedarfsscheine vom 9. Dezember 1918 müssen Inhaber der in der Zeit vom 16.—31. August 1918 ausgestellten Schuhbedarfsscheine mit den Anfangsbuchstaben A—K von heute bis einschl. Samstag, den 8. März d. Js., in den zuständigen Bezirksausgabestellen diese Scheine unter Vorzeigung des Lebensmittelausweises zur Umschreibung vorlegen.**
9. **Ungültigkeitserklärung der für die Zeit vom 8.—17. März d. Js. gültigen Brotscheine der Stadt Dortmund. Aus besonderen Gründen werden die allgemein geltenden Brotscheine der Stadt Dortmund für die 2. Kalenderwoche hiermit für ungültig erklärt. Die Zusatzbrotscheine F, S SS und U der 2. Kalenderwoche behalten dagegen ihre Gültigkeit. An die Stelle der neun Brotscheine dieser Woche treten die Warenkarten Nr. 72, 73 und 74 dergestalt, daß Warenkarte Nr. 72 den Wert von 6 Brotscheinen, Warenkarte Nr. 73 den Wert von 2 Brotscheinen und Warenkarte Nr. 74 den Wert des neunten schwarzumrandeten Brotscheines erhält—9 mal 250 Gramm Brot wie bisher. Bei dieser Wertbestimmung der Warenkarten ist davon ausgegangen, daß die Warenkarte Nr. 72 — im Wert von 6 Brotscheinen — zum Ankauf von Brot, die Warenkarte Nr. 73 — im Werte von 2 Brotscheinen — zum Ankauf von 400 Gramm Zwieback oder 500 Gramm Brot, die Warenkarten Nr. 72 und 73 zusammen zum Ankauf von 2000 Gramm — 4 Pfund Krankenbrot und die Warenkarte Nr. 74 — im Werte eines Brotscheines — zum Ankauf von 170 Gramm Mehl oder 250 Gramm Brot berechtigen soll.**
10. **Freibankfleisch. Die Inhaber der Freibankfleischkarte der lfd. Nr. 836 bis 1934 können auf Abschnitt 3 der Freibankfleischkarte sämtlicher Farben die ihnen auf die einzelne Karte zustehende Menge Fleisch bei gleichzeitiger Abgabe der vorgeschriebenen Anzahl Reichsfleischkartenanteile Sonnabend vormittag von 8—1 Uhr in Empfang genehmen.**
11. **Noch gültige Karten. Warenkarte Nr. 68 350 Gr. Zucker;; Warenkarte Nr 69 125 Gramm Graupen. Kartoffelkartenabschnitte 80—89 je 1 Pfd. Kartoffeln. Abschnitt E der weißen Familienwarenkarten einhalb Pfund Heringe; Abschnitt B der roten Familienwarenkarten einviertel Pfund Heringe Abschnitt B der gelben Familienwarenkarten 1 Pfund Heringe. Abschnitt A der gelben Familienwarenkarten Bez. 16—29 ein Pfd. Büdinge, Flundern oder Heringe. Abschnitt 2 der Krankenzusatzkarte dreiviertel Pfd. Rauchfleisch.**

B. **Für Geschäfte.**

1. **Für Brotverkäufer und Mehlkleinhändler. Mit Bezug auf die obige Mitteilung über die Ungültigkeitserklärung der Brotscheine für die 2. Kalenderwoche wird bekanntgegeben, daß zur Erlangung eines Doppelzentners Mehl abzuliefern sind: 88 Warenkarten Nr. 72, oder 263 Warenkarten Nr 73 oder 526 Warenkarten Nr. 74, sofern hierfür Brot verabfolgt ist und die Ablieferung von Bäckereibetrieben erfolgt, oder 570 Warenkarten Nr. 74, sofern sie zum Mehlankauf verwendet und von Mehlkleinhändlern abgeliefert werden. Falls von der einen oder anderen Art der Warenkarten die erforderliche Zahl für einen vollen Doppelzentner Mehl nicht vorhanden ist, hat die Berechnung nach der bekannten Art anteilmäßig zu erfolgen. Hinsichtlich der Zusatzbrotscheine verbleibt es bei der bisherigen Bestimmung. Auf Brotscheine der 2. Kalenderwoche wird Mehl unter keinen Umständen erstattet.**

Den Brot- und Mehlhändlern wird in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen, die bei der Abgabe von Brot oder Mehl angenommenen Warenkarten durch Aufdruck des Firmenstempels auf der Rückseite sofort zu entwerten.

Lokales und Provinzielles.

—: **Wilder Streik. Es wird uns geschrieben: Nachdem zwischen dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinlands und Westfalens und sechs Arbeitnehmerverbänden nach langen Verhandlungen ein Tarifvertrag nebst Lohntarif vor Kurzem zum Abschluß gekommen war, war anzunehmen, daß nunmehr die so notwendige Ruhe und Stetigkeit in den Betrieben der öffentlichen Werke gewährleistet sei. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Trotz eingehender Verhandlungen über die bei dem Westfälischen Verbandselektrizitätswerk bestehenden Lohnfragen, die gestern Abend zu einer Uebereinstimmung mit dem Arbeiterausschuß führten und obwohl der Tarifvertrag ausdrücklich besagt, daß während eines Streitverfahrens eine Arbeitsniederlegung nicht erfolgen dürfe und die Direktion sich außerdem bereitwilligst dahin erklärt hatte, über die Wünsche der Arbeiterschaft sofort in weitere Verhandlungen einzutreten, haben die Arbeiter der Zentrale Kruckel am Mittwoch morgen dennoch die Arbeit niedergelegt. Sie haben ihre Haltung auch nicht geändert, nachdem sie von dem Direktor darauf hingewiesen wurden, daß durch den Streik Zehntausende Fabrikarbeiter beschäftigungslos würden. Leider mußte festgestellt werden, daß die Angestellten der Zentrale sich nicht nur solidarisch mit den Arbeitern erklärt und dadurch den Streikgedanken genährt hatten, sondern daß sogar die Fortdauer des Streiks direkt auf das Verhalten der Angestellten zurückgeführt werden muß. Diese verlangten im Streikfall die sofortige Annahme neuer Forderungen, erheblichen Umfangs. Eine Erklärung der Direktion, die neuen Forderungen auf ordnungsmäßigem Wege der Prüfung und Verhandlung umgehend, wenn möglich, zur Erledigung zu bringen, führte zu keinem Ergebnis. Im Interesse der Volkswohlfahrt ist dieser durch nichts gerechtfertigte Streik ebenso sehr zu bedauern wie im Hinblick auf die vielen Arbeiter der vom Verbandswerk mit Strom versorgten industriellen Werke und der Zehntausende von sonstigen Abnehmer.**

—: **Ungiltigkeitserklärung der für die Zeit vom Sonnabend, den 8. d. M. bis Montag, den 10. d. M. gültigen Brotscheine der Stadt Dortmund. Der in letzter Zeit besonders stark ins Kraut geschossene unerlaubte Handel mit Brotscheinen ist die Veranlassung zu zahlreichen Einbrüchen bei Bäckern, Kolonialwarenhändlern und Beraubungen unbewachter Wohnungen und solcher Personen gewesen, die trotz aller Warnungen beim Einkauf ihre Brotmarken nicht genügend sorgfältig gegen eine Entwendung sichern. Der hierdurch entstehende Mehrbedarf bringt den Ungunsten der Ernährungslage der Allgemeinbevölkerung und die vielfach schweren Beeinträchtigungen der Versorgung von Familien und Einzelpersonen sind für das Kriegswirtschaftsamt im Einvernehmen mit dem Ernährungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Veranlassung geworden, dem Handel mit Brotmarken möglichst den Boden zu entziehen. Zu diesem Zwecke sind laut heutiger Bekanntmachung der „Mitteilungen des Kriegswirtschaftsamtes" die Brotscheine der Stadt Dortmund für die 11. Kalenderwoche, gültig ab Samstag, den 8. d. M., für ungültig erklärt mit Ausnahme der für diese Woche geltenden Zusatzbrotscheinen S SS, F und U. Es bleibt vorbehalten, auch für die nächsten Wochen oder abwechselnd in kurzen oder längeren Zwischenräumen die gleiche Maßnahme zu treffen. Die Verbraucher werden durch diese Maßnahme in keiner Weise in ihrer ordnungsmäßigen Versorgung beeinträchtigt, da jeder für die betreffende Woche die ihm zustehende volle Brotmenge unverkürzt erhält anhand jeweils besonders aufzurufender Warenkarten, deren Nummern nicht vorher feststeht, sondern von Fall zu Fall bestimmt wird. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die schon erwähnte Veröffentlichung in den kriegswirtschaftlichen Mitteilungen hingewiesen, die alles nähere ergibt.**

—: **Erhöhung der Brotpreise** für den **Stadtkreis Dortmund. Infolge Einführung des 8 Stundentages in den Bäckereibetrieben der Lohnerhöhung für Bäckergehilfen sowie der Erhöhung der Kosten für Licht, Kraft, Kohlen und der sonstigen Unkosten mußte eine geringe Erhöhung der Brotpreise erfolgen. Die Preise für Mehl im Kleinhandel sind unverändert geblieben. Die neuen Brotpreise sind aus der im heutigen Anzeigenteil veröffentlichten Bekanntmachung ersichtlich.**

—: **Lebensmittel der kommenden Woche: ¼ Pfd. Grieß, 60 Gramm Butter, ½ Pfund Kunsthonig, ¼ Pfd. Maggi-Suppen, 5 Pfd. Kartoffeln für Nichteinkellerer 200 Gramm Frischfleisch und 50 Gramm Wurst.**

—: **Aus dem Zuge gefallen. Auf der Fahrt nach Lüdinghausen stürzte ein Knabe aus dem Zug, als dieser den Bahnhof Lünen verlassen hatte und die Weiche durchfuhr. Der Knabe kam mit einem Armbruch davon und wurde sofort nach Lünen in ärztliche Behandlung gebracht.**

—: **Monatsbericht der Feuerwehr. Im Monat Februar wurden von den Krankenwagen in insgesamt 577 Fahrten 589 Personen befördert. Hiervon entfallen: 54 Ueberführungen mit 54 Personen auf Unfälle, 38 Ueberführungen mit 42 Personen auf ansteckende Krankheiten, 446 Ueberführungen mit 453 Personen auf sonstige Krankheiten, 39 Ueberführungen mit 40 Personen auf erkrankte und verwundete Soldaten. Die Krankenwagen legten hierbei eine Gesamtwegestrecke von 3309,7 Km. zurück.**

—: **Der Rangiermeister- und Rangierführer-Verein Dortmund, überwiesen der Dortmunder Kriegsgefangenenhilfe zum Besten der gefangenen Brüder im Feindesland den Betrag von Mk. 50,— als Ergebnis einer Sammlung gelegentlich einer Festlichkeit.**

—: **Dr. Max Nicolaus (Gesang), Hans Scheulen (Cello) und Gerard Bunk (Klavier) werden am 10. März im Kasinosaal ein Konzert geben in dem u. a. Lieder von Schumann und Pfitzner, die Cello-Klavier-Sonate von Strauß und Kinderszenen von Schumann zum Vortrag kommen. Es ist ratsam, sich frühzeitig mit Karten zu versehen. Näheres im Inserat.**

—: **Wer ist der Eigentümer? Gelegentlich einer in einer Diebstahlssache seitens der Kriminalpolizei vorgenommenen Haussuchung wurde auch ein schwarzer Ebenholzstock mit Silberkrücke und dem Stempel „800" vorgefunden. Der Stock rührt jedenfalls aus einem Diebstahl her. Der Bestohlene wolle sich beim Kriminalbezirk 1 Olpe 7, melden. Bei dieser Dienststelle befinden sich auch noch 2 Ballen Militärstoffe und mehrere wollene Zugrouleaux.**

—: **Straßenräuber. In der Nacht zum 6. d. M. wurde in der Nähe der Werderstraße ein Herr, der sich auf dem Heimwege befand und sich bei drei des Weges gehenden Soldaten angeschlossen hatte, von diesen plötzlich überfallen und seiner Brieftasche mit Inhalt, darunter ein Fahrtausweis für die Eisenbahnstrecke Hörde-Aplerbeck und seine Uhr — Sprungdeckeluhr mit Monogramm E. H. — beraubt.**

- **Barop, 6. März. Auf der Zeche Glückauf-Tiefbau ist die Belegschaft wieder vollzählig eingefahren.**

- **Wellinghofen, 6. März. In die Gemeindevertretung wurden gewählt die Demokraten Schneidermeister Heinrich Rebbe und Steiger Johann Weiland, die Sozialdemokraten Bergmann Louis Ufer, August Ufer, Richard Menge vom Höchsten, Bergmann Karl Schwarze, Heinrich Ostholt aus Wellinghoferheide, Maschinist Wilhelm Drees, Bergmann Fritz Lambert und Karl Nolte von Wellinghofen, der Volksparteiler Landwirt August Hemmerstoth und Fritz Robel.**

- **Lünen, 6. März. Kriegswirtschaftliche Nachrichten der Stadt Lünen. Die Zuckerkarte wird vom 5. d. M. an vorläufig gesperrt. Sie hat erst dann wieder Gültigkeit, wenn sie auf dem Kriegswirtschaftsamt abgestempelt worden ist. Die Versorgungsberechtigten haben dieserhalb Zuckerkarte und Ausweis von Donnerstag bis Sonnabend dieser Woche in der Marckenausgabe des Kriegswirtschaftsamtes vorzulegen. Den Geschäften wird bei Vermeidung strengster Bestrafung untersagt, auf ungestempelte Marken noch Zucker auszugeben. Sofern das auf Marke 5 schon geschehen sein sollte, ist diese bis Donnerstag morgen 10 Uhr zur nachträglichen Abstempelung auf dem Kriegswirtschaftsamt vorzulegen. Zwiebackverkauf ist für Lünen-Süd auch dem Bäckermeister Wöstehoff, Kaiserstraße 147 übertragen worden. Kerzen. Auf Marke Nr. 5 der Petroleumkarte gelangen 4 Kerzen in dem Geschäft L. Schmidt Bäckerstr., zur Ausgabe. Die Marke Nr. 5 ist bis Montag den 10. d. im Kriegswirtschaftsamt abzuliefern.**

- **Münster, 6. März. Das Generalkommando gibt bekannt: Der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen hat folgende Bekanntmachung erlassen: 1. Es ist verboten, zum Dienst in der deutschen Armee oder in einem Freiwilligenkorps oder einer Abteilung Leute anzuwerben oder einzuberufen, welche zur Zeit in dem amerikanischen besetzten Gebiet wohnhaft sind. Die Veröffentlichung von Notizen in den Zeitungen, das Ankleben von Plakaten oder die Sendung von Briefen oder Telegrammen in Verbindung hiermit ist verboten. 2. Solche Personen, welche als Deserteure der Deutschen Armee in das amerikanische besetzte Gebiet mit falschen Päßen oder ohne die notwendigen Mobilisationspapiere Einlaß gefunden haben, werden durch den deutschen Generalstabsoffizier des Brückenkopfes Koblenz kontrolliert. Dieser Offizier wird die Resultate seiner Feststellungen dem Kommandierenden General der 3. Armee der Vereinigten Staaten durch den stellvertretenden Generalstabschef G-2 der Armee unterbreiten zur Entscheidung, ob die Person oder Personen in den amerikanischen besetzten Gebieten verbleiben dürfen nach dem unbesetzten Deutschland zurückgeschickt werden oder ob sie interniert werden.**

- **Recklinghausen, 6. März. Heute morgen kurz nach 9 Uhr entgleiste auf dem Bahnhof Sinsen der Köln-Hamburger D-Zug 97. Die Ursache war eine schadhafte Weiche, die sich während der Fahrt umlegte und den D-Zug in zwei Teile trennte. Ein auf dem Nebengleis in gleicher Richtung fahrender Güterzug fuhr auf die mittleren D-Zug-Wagen auf. Zwei Wagen des D-Zuges stürzten um und wurden zertrümmert. Von den Insassen des D-Zuges wurden 10 schwer verletzt, von denen einer, ein entlassener Soldat aus Thüringen, gleich darauf starb. Der Güterzug wurde ebenfalls schwer beschädigt. Etwa 8 bis 10 Wagen liegen zertrümmert auf dem Bahndamm.**

- **Hattingen, 6. März. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden hier 8 Mehrheitssozialisten, 7 Unabhängige, 5 Demokraten, 5 Volkspartei'er und 5 Zentrum gewählt.**

Frankreich 10 Millionen Quadratkilometer Kolonien
England 30 Millionen Quadratkilometer Kolonien
Deutschland 2,6 Millionen Quadratkilometer Kolonien
Wo ist der Imperialismus?

Sport.

—: **Wettschwimmen. Am Sonntag den 2. März fand im Stadtbad zu Bochum nach fast 5jähriger Unterbrechung das erste Wettschwimmen im Gau 5 der deutschen Schwimmerschaft statt, das äußerst zahlreiche Beteiligung aufwies und auch den Dortmunder Schwimmern gute Erfolge brachte. In der Hauptstaffette um den Ehrenkranz der Stadt Bochum (4 mal 50 Meter) belegte die 2. Mannschaft des Schwimmvereins Dortmund von 1896 (Roland Bork, Kleine, Flörsheim) mit der hervorragenden Zeit von 123 Sekunden knapp von Bochum geschlagen den 2. Platz vor den 1. Mannschaften Düsseldorfs, Essens, Duisburgs, Mülheims; Oberhausens und Wittens. In den übrigen Wettkämpfen erhielten vom S. V. D. noch Kränze: Im Hauptspringen Bork den 3. Preis; im Rückenschwimmen Flörsheim den 4. Preis (36,4 Sek.). Im Vereinsdreikampf erzielte Flörsheim im Schnellschwimmen über 50 Meter mit 30,1 Sek. die beste Zeit.**

- **Wickede, 5. März. Vor einer großen Zuschauermenge siegte am vergangenen Sonntag in Hamm die erste Mannschaft des Ballspielvereins „Westfalia Wickede v. 1910" nach überaus schwerem und spannendem Kampfe mit 2:1 über die 1. B.-Mannschaft des Liga-Vereins „Spielverein Hamm v. 1904". Wickede vermißte seine besten Spieler und mußte mit zwei Ersatzleuten antreten; dagegen stellte der Hammer Verein eine überaus verstärkte Mannschaft. Begünstigt durch das prächtige Wetter konnten beide Vereine ihre volle Spielstärke an den Tag legen und ein schönes, faires Spiel bieten.**

Letzte Telegramme.

Aus der Waffenstillstandskommission.

WTB. **Berlin, 6. März. Sitzungsbericht vom 4. 3.: General Nudant bat zunächst um Unterstützung einer demnächst in Deutschland eintreffenden japanischen Mission, worauf der Vertreter der deutschen Regierung mehrere Noten überreichte, in denen für bestimmte Fälle die Freigabe des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands verlangt wird, da die wirtschaftliche Absperrung des linksrheinischen vom rechtsrheinischen Gebiet unhaltbare Zustände schaffe, weil sie die organisch aufeinander angewiesenen Teile eines großen Wirtschaftsgebietes künftig voneinander abschließe. Das deutsche Wirtschaftsleben könne dadurch in keinen geregelten Gang kommen. Mehrere von der deutschen Kommission befürwortend weitergegebene Gesuche deutscher Firmen um Ausfuhrerlaubnis für verschiedene linksrheinische Erzeugnisse nach dem rechtsrheinischen Gebiet gaben die Alliierten Folge. Auf eine frühere deutsche Anfrage teilte der französische Vorsitzende mit, daß über Frankfurt (Main) keine besondere Quarantäne verhängt worden sei. Entgegen dem Waffenstillstandsvertrages hat die Entente auf verschiedenen linksrheinischen Eisenbahnstationen Zollposten eingerichtet, welche auch Zölle für die in das besetzte Gebiet eingehenden Waren erheben sollen. Der Vertreter der deutschen Regierung ersuchte um die sofortige Aufhebung und brachte sodann noch eine Reihe von Einzelheiten zur Sprache.**

Mit welchem Recht wird Deutschland seiner Kolonien beraubt?

WTB. **Amsterdamm, 6. März. In der radikalen Wochenschrift behandelt Morel nochmals das afrikanische Problem. Er fragt: Mit welchem Recht wird eigentlich Deutschland aller seiner Kolonien beraubt? Es hat große Kapitalien hineingesteckt. Drei von den Kolonien sind in größter Blüte und mehr wert, als die ganze europäische Kriegsschuld. Man kann diesem Raub nicht unter dem Vorwande begehen, daß die deutsche Verwaltung so besonders schlecht gewesen sei, denn diese Beschuldigung würde vor einem Gerichtshofe nicht standhalten. Alles, was man als Argument anführen kann, ist das alte Vae victis! Aber das paßt nicht mehr in die neue Weltordnung. Abgesehen von der Rechtsfrage, muß man auch fragen ob mit dieser Politik ein dauernder Frieden erhalten werde. Das würde natürlich nicht der Fall sein: denn ein großes Volk würde dann ganz vom afrikanischen Markt abgeschnitten, während ein anderes viel kleineres Volk das bereits einen großen afrikanischen Besitz hat, diesen noch ausbreitet.**

Der Ausschuß für Gebietsraub.

WTB. **Paris, 6. März. Der Zentralausschuß für Gebietsregelungen stellte seinen Arbeitsplan auf. Seine Aufgabe wird sein, alle territorialen Fragen zu vereinheitlichen und in Uebereinstimmung zu bringen.**

Cafe Löwenhof, heute Operetten-Abend.
Cafe Funke: Klassiker- und Solisten-Konzert.
Cafe Central: Heute 13. Sonder-Abend.

Hauptarbeitsnachweis Dortmund für männliche Personen . . Kapellenstrasse 12
für Frauen und Mädchen . . I. Kampstrasse 57.
Kostenlose Vermittlung jeglicher Arbeit.

Auf schwankem Grund. 16

Roman von H. Ab

„Herr Bauunternehmer, ich bin meiner Sache sicher. Wollen Sie meine Angaben ignorieren, würde ich mich verpflichtet sehen, Anzeige zu erstatten."

„Mensch!" — An der Brust hielt Raßmus den Polier gepackt. Er fand kein anderes Wort, als nur noch einmal das keuchende: „Mensch —"

Jansen wahrte seine eiserne Ruhe. Das wilde Erregung des anderen zerstieß sich daran. Seine Hand riß sich zurück, er trat von der Tür wieder zum Tisch hinüber. Dort stemmte er beide Fäuste auf. Ein drittes mal setzte er zum Reden an und sagte dann so ruhig, wie möglich in seiner üblichen Sprechweise:

„Jetzt klar heraus: was soll das alles heißen? Wie kommen Sie dazu, die Solidität eines Baues anzuzweifeln, der nicht von Ihnen geleitet wurde?"

„Eben darum. Ich wußte längst, daß die Fundierung nichts taugt. Darum erklärte ich mich auch damit einverstanden, daß zum Aufmauern nur ganz billiges Material genommen wurde. Aber ich wußte auch, wie widerstandslos die ganze Basis ist. Seit ein paar Tagen weiß ich's. Ich war nach Feierabend noch allein auf dem Bau, da hörte ich auf einmal in den Mauern so was wie einen singenden Ton. Als Lehrling bin ich einmal mit knapper Not mit dem Leben davongekommen, als ein Neubau einstürzte, seit dem weiß ich's, was die singenden Mauern bedeuten."

„Sie phantasieren, Jansen" sagte Felix Raßmus verächtlich. Aber er konnte es nicht hindern, daß ein Frösteln durch ihn hinging.

„Ich phantasiere nicht. Und nun ganz sicher zu gehen, hab ich Untersuchungen angestellt."

„Heimlich und auf eigene Faust? Ohne mir beim ersten Bedenken, das Ihnen kam, Mitteilung zu machen, wie es Ihre Pflicht gewesen wäre? Warum haben Sie das unterlassen?

„Weil ich Ihren Optimismus kannte, Herr Bauunternehmer."

Die Platte des Tisches krachte unter den packenden Fäusten. Nur sich festhalten mit aller Gewalt, daß er sich nicht auf den warf, der da vor ihm stand. Vor ihm stand mit der eisernen Stirn, mit dem Blick der stumm zu ihm sprach: Weil ich deinen Leichtsinn kenne, deine Leichtfertigkeit. Weil du in meinen Augen nicht nur ein Leichtfertiger bist, der skrupellos einzig und allein dem mühelosen Gewinn nachjagt, sondern weil du mir als ein Betrüger giltst!

Felix Raßmus war sehr fahl geworden. Dabei schlug ihm das Blut wie ein brausender Feuerstrom gegen das Hirn. Und über all die stummen Worte, die er aus dem andern heraushörte, klang das eine gesprochene: „Herr Bauunternehmer," Er wußt's ja auch, was da hinter redete: Der Maurerpolier nahm den Architekten nicht für voll — fand ihn vielleicht des Titels nicht für würdig.

Wenigstens ein Wort, an dem er den anderen packte, auf das er sich stützen konnte.

„Ich bin Architekt, das merken Sie sich. Und im übrigen nehmen Sie Ihre Zunge in acht."

Der Polier zuckte nicht mit der Wimper.

„Als Architekt werden Sie am besten wissen, daß ich nichts weiter tue, als meine Pflicht."

Sekundenlang blieb es grabesstill. Dann sagte Raßmus kurz, mit abgehackten Worten:

„Auf Ihre bloßen Angaben hin kann ich mir keine eigene Meinung bilden. Meiner Ansicht nach ist bei dem Bau nicht das Mindeste versehen. Sollte sich aber doch eine noch etwas größere Tragfähigkeit wünschenswert machen, so könnten ein paar eiserne Stützen —"

„Mit eisernen Trägern ist hier nichts geschafft," fiel Jansen ein. „Die ganzen Grundmauern müßten vertieft und verbreitert und durch Gewölbepfeiler ——"

Jetzt schnitt ihm Raßmus das Wort ab — —

„Möchten Sie nicht lieber den ganzen Bau niederreißen?"

„Wenn es nach mir ginge — ja!"

Nur ein schnödes Gelächter war die Antwort. Sich herumwendend, wollte Raßmus wieder zur Tür. Doch abermals schob sich ihm die breitschultrige Gestalt des Poliers in den Weg.

„Herr Architekt," jetzt betonte er scharf den Titel, „heute haben wir Sonnabend. Wenn Sie nicht selbst Verfügungen treffen, die ausreichendste Sicherung bieten, so lasse ich am Montag an dem Mittelbau die Maurerarbeit einstellen."

Sie standen schweigend Auge in Auge. Es war doch wohl ernsthaft. Ernsthafter, als er glauben wollte und Raßmus mußte sich zu dem Zugeständnis bequemen:

„Ich werde selbst untersuchen, und was sich als erforderlich herausstellt, wird natürlich geschehen."

Der Polier stand noch immer breit und fest vor ihm.

„Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen, Herr Architekt. Die Untersuchung ist nicht so schnell abgetan und die Bauarbeiter brauchen nicht mehr davon zu merken, als unbedingt nötig ist. Morgen ist Sonntag, da stelle ich mich Ihnen von Tagesanbruch an zur Verfügung."

Klang das nicht beinahe nach — Rücksicht? Oder war's nur eine verstärkte Nötigung, bei der Untersuchung keinen Optimismus walten zu lassen?

Raßmus zerrte die Lippe zwischen die Zähne dann sagte er schroff: „Seien Sie also morgen früh um 7 Uhr hier."

(Fortsetzung folgt.)

J. Fischer

DORTMUND
Ostenhellweg
Herren-Jünglings- u. Knaben-Kleidung

Frühjahrs-Kleidung

Loden-Mäntel aus besten langhaarigen wetterfesten reinwollenen Lodenstoffen, in grauen, braunen u. grünen Farben
Mk. 95.- 110.- 130.- bis 175.-

Anzüge in modernen kurzen I-rhg. Formen, teils sportmässig mit aufgesetzten Taschen, Rückengurt, kleinen Fältchen- und Umschlaghose gearbeitet
Mk. 175.- 225.- 290.- bis 490.-

Hosen aus strapazierfähigen Buxkin- und Cheviotstoffen (kein Papier- oder Mischgewebe) mit starken Futterzutaten
Mk. 16.- 20.- 36.- 48.- bis 75.-

Damen Seiden-Mäntel aus besten impr. einfarbigen und modern gemusterten Seidenstoffen in neuen Formen
Mk. 195.- 230.- 275.- bis 390.-

Jünglings-Anzüge mit langen oder kurzen Hosen, in modernen I-rhg. Formen, teils sportmässig gearbeitet
Mk. 175.- 195.- 250.- bis 390.-

Knaben-Anzüge aus blauen und farbigen haltbaren Stoffen, in Jacken-, Schlupfblusen-, Falten- u. Kieler-Formen
Mk. 75.- 95.- 150.- bis 290.-

Konfirmanden und Komunikanten-Anzüge
aus guten starken Kammgarn und Cheviotstoffen in blauen und dunkelgrauen Farben
Mk. 175.- 225.- 275.- bis 350.-

Hüte, Mützen, Kragen, Serviteurs, Krawatten,
Taschentücher, Handschuhe, Hosenträger,
919

Café Funke
Westenhellweg 11

Heute Freitag, den 7. März.

Klassiker- u. Solisten-Abend

Verstärktes 942

Erkenbölling Orchester.

Programm liegt auf.

Kaffeehaus LOEWENHOF

Heute Freitag:
Operetten-Abend
des grossen 226
„Löwenhof-Orchesters".
Solis
des Violin-Virtuosen
M. Iseglio.

Der grosse
Billardsaal
ist wieder geöffnet.

Stadttheater
Dortmund.
Freitag, den 7. März
7—10 Schauspiel
V. 141
Zum 5. Male
„Der Geizige"
Hierauf:
„Der eingebildete Kranke"
Sonnabend, den 8. März
2½-5¾ 1. Schüler-Vorstellung
„Nathan der Weise"
7—10¼ Oper
V. 142.
„Das Nachtlager in Granada"
Hierauf:
Zum 2. Male
„Klein Ida's Blumen"

Philharmonisches Orchester.
Professor G. Hüttner,
Freitag, den 7. März
abends 8 Uhr,
im Saale der Kronenbrauerei
18. Symphonie-Konzert
(Serie B)
Solist:
Gerard Bunk (Pianoforte)

Montag, 10. März, 8 Uhr
im **Casino-Saal.**
Dr. Max Nicolaus
Gesang
Hans Scheulen
Cello
Gerard Bunk
Klavier
Karten zu 4,20, 3.10, 2.05 num., 1.55 nichtnum. im Verkehrsverein, Buchhdlg. Brügmann und a. d. Kasse.
Ibachflügel, Niederl. Hohrath-Söhne. (926

Geld gegen monatl. Rücks. verleiht
J. Maus, Hamburg

Dortmunder Bank-Verein
Zweiganstalt des Barmer Bank-Vereins.
— **Hinsberg, Fischer & Comp.** —
Hauptstelle in Barmen.
Zweigstellen in Altena i. W., Barmen-Rittershausen, Bielefeld, Bonn, Bünde, Cleve, Cöln, Crefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gevelsberg, M.-Gladbach, Hagen i. W., Hamm i. W., Haspe Hohenlimburg, Iserlohn, Lennep, Lüdenscheid, Ohligs, Osnabrück, Remscheid, Rheydt, Siegburg, Soest, Solingen, Uerdingen und Wermelskirchen.
Kapital . . . . . M. 100 000 000.
Reserven . . . . . M. 17 000 000.
Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte.
301

Konzerte Tia Lüdemann, Dortmund
Casinosaal.

Mittwoch, den 12. März, Anfang 8 Uhr.
Kammermusik-Abend
Erika Besserer, Violine **Lübeck**
Tia Lüdemann **Dortmund,** Gesang
Martha Sternheim **Berlin,** Klavier
M. Spindler, Kapellmeister **Dortmund,** am Klavier
Karten 4.20, 3.10, 2.05 und 1.— Mark R. Dreis, Buchhandl. Betenstr. und Musikschule Tia Lüdemann, Brückstrasse 21. I.
Ibach-Flügel a. d. Niederlage W. Hohrath Söhne.

Café Central.
Täglich von 4—7 Uhr: In allen Räumen
Grosse Tee-Konzerte.
2 Kapellen. Abends ab 8 Uhr:
Schubert-Konzerte.
Heute Freitag:
13. Sonder-Abend.
927

Bekanntmachung.

Die Ermittelung des Ergebnisses der am 2. ds. Mts. erfolgten Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung findet am

Samstag, den 8. ds. Mts.

von 9 Uhr vormittags ab im Zimmer Nr. 282, Südwall Nr. 2, statt.

Dortmund, den 5. März 1919. 928

Der Vorsitzende des Wahlvorstandes.

Umsonst
nicht, aber sehr vorteilhaft kaufen Sie jeglichen
Gold- und Silberschmuck
bei 925
Hermann Borgenicht, Juwelier und Goldschmied **Ludwigstr. 12**

Installations-Geschäft
für elektrische Licht und Kraftanlagen. 738
Jos. Schneider, Schwanenwall 53
Telef. 912. Reparaturen werden angenommen.

Verordnung

Auf Grund des Paragraphen 59 Absatz a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (R. G. Bl. S. 434) werden in Abänderung der Verordnung des Magistrats vom 15. August 1918 betr. Höchstpreise für Brot und Mehl und der dazu ergangenen Nachträge die Höchstpreise für Brot wie folgt festgesetzt:

I.

a) Kriegsbrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd.	1,50 Mk.
mit einem Verkaufsgewicht von 3 Pfd.	0,78 Mk.
im Aufschnitt für	
500 Gramm (1 Pfund)	0,28 Mk.
250 Gramm (½ Pfund)	0,15 Mk.
125 Gramm (¼ Pfund)	0,08 Mk.

b) Schwarzbrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd.	1,45 Mk.
mit einem Verkaufsgewicht von 3 Pfd.	0,75 Mk.
im Aufschnitt für	
500 Gramm (1 Pfund)	0,27 Mk.
250 Gramm (½ Pfund)	0,14 Mk.
125 Gramm (¼ Pfund)	0,08 Mk.

c) Krankenbrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 4 Pfund	1,05 Mk.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Verordnung unberührt.

II.

Diese Verordnung tritt am 8. März d. Js. in Kraft.

Dortmund den 6. März 1919.

Der Magistrat.

Gesehen! Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Soeben eingetroffen!
Soda- 921
förmiges Reinigungskristall, Abgabe nur in Düten je 5, 10 u. 20 Pfd Höchstabgabe; Nur solange der Vorrat reicht!
Reinoldus-Drogerie
nur Brückstr. 54.
Gegenüber d. Wintergart.

Musikinstrumente
Geigen — Kasten
Bogen — Saiten
in grosser Auswahl auf Lager 204
Franz Reinelt,
Dortmund,
Balkenstr 14/16 Fernr. 1992.

Sitzbadewanne
zu kaufen ges. 923
Offert. an die Geschäftsst.

Ein **Carbidkessel** mit Beleuchtungskörpern und eine **Spieluhr** sind zu verkaufen.
Heinr. Köster, Wirt, Deiminghausen bei Mengede.

Grosses Stehpult
eichen, vollständig neu, zu verkaufen. 909
Bernhard Badde,
Weissenburgerstraße 5.

Tüchtige
Kesselschmiede, Eisenschiffbauer u. Stellmacher
für dauernd und bei hohem Lohn zu sofort gesucht. 841
Arbeitsnachweis
Harburg a. Elbe, Bergstr. 24

Tüchtige 982
Möbeltischler und Polierer
werden für dauernd eingestellt.
Westfälische Tischfabrik
Soest in Westfalen.

Ausstellung
der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung
der 920
Geschlechtskrankheiten
in der **Tuchhalle des alten Rathauses** am Markt
Samstag, den 8. März, abends 8 Uhr
Vortrag
des Facharztes Herrn **Dr. Zweig.**
Thema:
„Der Einfluß der Geschlechtskrankheiten auf die Volksgesundheit".
Eintrittspreis einschl. Vortrag 30 Pfg.
Täglich erklärende Führung durch Aerzte.

Elektro-Monteur
in selbständige Stellung für grössere elektrische Kraft- und Lichtanlage gesucht.

Bewerber, die durch Empfehlungen den Nachweis erbringen können, dass sie in der Lage sind, einen derartigen Posten bestens auszuführen, wollen Zeugnisabschriften, nebst Angaben über Familienverhältnisse, Lohnansprüche, Eintrittsmöglichkeit, einsenden.

Simonswerk G. m. b. H.
Rheda Bez. Minden. 846

Jüngerer
Hilfsarbeiter
sofort gesucht. Prinzenstraße 9.

Zuverlässige
Zeitungsboten
gesucht.
Prinzenstrasse 9.

Drahtzieher
für unser Messingwerk zum sofortigen Eintritt gesucht
Bergisches Metallwerk
Gottfried Barme, Komm.-Ges.
Werk I Langenberg Rhein. 833

Kleine Anzeigen

Stellengesuche
Stellenangebote
Mietsgesuche
Vermietungen
An- und Verkäufe
Grundstücks- und Geschäfts-Verkäufe
Geld-Gesuche
Geld-Angebote

finden wirksame Verbreitung durch das

„Dortmunder Tageblatt."

Tüchtige, selbständige 783
Möbelschreiner
gesucht.
Karl Hahn
Gießen, Löberstraße 17.

Polsterer
für sofort gesucht.
August Bührmann
Iserlohn. 781

Ein durchaus zuverlässiges tüchtiges älteres
Mädchen
auf 15. März gesucht, welches schon in besseren Häusern gedient hat. Frau **Friedr. W. Honsberg, Remscheid,** Elberfelderstraße 99. 835

Moderne billige
Kleinwohnungshäuser
(neu) mit Gärten (Selbstversorgung), einschliessl. Möbel günstige Staatsbahn u. Straßenbahnverbindg. preisw. zu verk. Man teile Anzahlungsmöglichk. mit Offerten u. L. W. 50 an die Geschäftsstelle. (677

Schuhe.
Hausschuhe, ohne Bezugschein, daueh... Verarbeitung, mit echter Lederspitze, pro P... **8.— Mk.** freie Zusendung. Lieferung ... gegen vorherige Einsendung des Betrages. Nichtgefallen garantieren wir bereitwilligst Rücknahme und Rückzahlung des Betrages. ... genaue Angabe der Adresse und Schuhnu... wird gebeten. Garantie für gute Ankunft ... sand gestattet.
Schuhwaren-Fabrik Mimbach
(Rheinpfalz)

Wollen Sie das praktische, technische
Zeichnen und Rechne...
für **Walzwerk, Maschinenbau, Kesselschmiede, Brückenbau,** und **Eisenkonstruktion,** vollständig und sicher ohne Vorkenntnisse und ohne Berufsstörung, in 4—6 Monaten, für 40 Mk. (Raten 5 Mk.) mit Garantie erlernen, so verlangen Sie kostenlos Auskunft von **August Arens,** Zivil-Ing., **Düsseldorf,** Bergerallee 6.
Die von mir ausgebildeten über 2500 Personen im Alter von 16—52 Jahre, bekleiden Stellen als: **Betriebs-Techniker, Obermeister, Maschinenmeister, Monteure, Vorzeichner** und dergl.
Gegr. 1886. Zahlreiche Anerkennungen. Hohe Auszeich...

Sohlennägel
mit dünnen Stiften, Ia. Qualität liefert ständig ... billigen Preisen
W. Brinkmann, Velbert, Rhld.

Säcke
alle Sorten auch zerrissene, und deren Abfälle, Packl... etc. **kauft fortwährend**
Dortmunder Sackfaorik Otto Sticht,
Gutenbergerstr. 76 Fernsprecher 7571